

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/8, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf., Postgebühren Nr. 7745.

Insertionsgebühren betragen für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Wiederholungs- und Veranlagungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 58.

Donnerstag, den 10. März 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Was bringen die nächsten Reichstagswahlen?

Diese Frage ist gewiß von allgemeinstem Interesse und jeder wird sie sich nach seinen Anschauungen, seinen Hoffnungen und seiner Parteizugehörigkeit beantworten. Vielleicht abgesehen von den Nationalliberalen, die schon jetzt recht tagen-jämmerlich gestimmt scheinen, dürften alle Parteien mit recht hochgespannten Erwartungen in den nahe bevorstehenden Wahlkampf gehen. Welche aber von diesen Parteien, insbesondere von den rechts und linksstehenden Parteien, haben wirklich gute Aussichten auf Erfolg? Man zieht da die Stimmung, die vermeintlich die Wählermassen bei den Wahlen bewirkt, in Rechnung und laut darauf die richtige Luftschloßer. Aber dann kann man doch recht schlechte Erfahrungen machen, wie besonders die freisinnigen Parteien zu berichten wissen werden, die noch vor fast jeder Reichstags-Neuwahl große Hoffnungen im Saße hatten und dabei von Wahl zu Wahl immer schlechtere Resultate aufzuweisen haben.

Einen besseren Gradmesser für den Ausfall zukünftiger Hauptwahlen zum Reichstage sollen die Resultate der im Laufe einer Legislaturperiode vollzogenen Nachwahlen zum Reichstage bieten. Aber auch hier kann man sich täuschen, wenn man den Ausfall einzelner Wahlen generelle Bedeutung zuerkennen will. Nachwahlen können, einzeln genommen, ein zutreffendes Bild der Stärkeverhältnisse und der weiteren Entwicklung der in Betracht kommenden Parteien nur sehr bedingt geben, denn bei diesen eben vereinzelt vorgenommenen und über einen längeren Zeitraum erstreckten Nachwahlen wird der gemeinsame, starke Zug, der bei allgemeinen Wahlen durch große Wählermassen geht, weniger bemerkbar, und nebenbei-liehere Fragen und Dinge oft rein localer Natur, üben je nach Lage der Sache die verschiedenartigsten Wirkungen auf die Ergebnisse der einzelnen Wahlen aus.

Zu merken ist damit nicht schlechthin die symptomatische Bedeutung des Ausfalls der Nachwahlen für die kommenden Hauptwahlen gezeugnet werden. Aber diese Bedeutung der Nachwahlen tritt erst klar hervor, wenn man die Resultate sämtlicher Nachwahlen einer Legislaturperiode mit den Resultaten der vorangegangenen Hauptwahlen in denselben Wahlkreisen vergleicht. Dann offenbart sich auch der gemeinsame Zug, die bestimmte Neigung der Wählermassen nach rechts oder links wieder, der, wie schon gesagt, bei den einzelnen Nachwahlen hier und da vermischt erscheint durch locale u. s. w. Einwirkungen.

Es dürfte Angesichts der Spannung, mit der den Ergebnissen der kommenden allgemeinen Wahlen zum Reichstage entgegengefeuert wird, nicht uninteressant sein, hier einen Blick auf die Gesammtergebnisse der in der Legislaturperiode 1893 bis 1898 stattgehabten Nachwahlen zum Reichstage zu werfen. Wir geben diese Resultate wieder, soweit Conservative (beide Gruppen), Nationalliberale, Freisinnige (beide Gruppen) und Socialdemokraten in Betracht kommen, während das Centrum wegen der Schwierigkeiten, die wechselnden Resultate sowohl in den polnisch-kerischen als in den rein kerischen, ohne gegnerischen Wettbewerb gebliebenen Kreise zu berechnen, und

die kleineren Parteien, wie Polen, Antisemiten u. wegen ihrer verhältnismäßigen Bedeutungslosigkeit außer Ansatz geblieben sind. Zu bemerken ist weiter noch, daß die in Folge Doppelwahlen notwendig gewordenen, den Hauptwahlen unmittelbar folgenden und unter ihren Einwirkungen stehenden Nachwahlen selbstverständlich in die untenstehende Uebersicht nicht aufgenommen wurden.

Es erhielten danach Stimmen:

	Conservative	Nationallib.	Frei.	Socialdem.
Hauptwahl 1893	198,576	143,571	112,050	207,987
Nachw. 1893-88	166,898	101,468	92,002	214,859
	- 31,678	- 42,103	- 20,048	+ 6872
oder	- 15.95% ob.	- 29.32% ob.	- 17.86% ob.	+ 3.19% ob.

Diese Resultate sämtlicher Nachwahlen der hier in Betracht kommenden Parteien zeigen also bei allen bürgerlichen Parteien eine starke Abnahme der Stimmzahl im Vergleich mit den von denselben Parteien bei den Hauptwahlen in den gleichen Wahlkreisen erzielten Stimmen und nur bei den Socialdemokraten eine Vermehrung in den Nachwahlen um 3.19 pCt. der bei den 1893 er Hauptwahlen erzielten Stimmen. Dies Ergebnis ist gewiß kein zufälliges, seine Bedeutung tritt aber erst recht in die Erscheinung, wenn man die Resultate der vorhergehenden Legislaturperiode, die Nachwahlen betreffend, daneben stellt. Danach erhielten Stimmen:

	Conservative	Nationallib.	Frei.	Socialdem.
Hauptwahl 1890	107,904	76,695	81,373	59,634
Nachw. 1890-93	106,931	74,766	79,656	59,916
	- 973	- 1,929	- 1,717	+ 282
oder	- 0.90% ob.	- 2.51% ob.	- 2.11% ob.	+ 0.49% ob.

Auch hier zeigt sich eine Abnahme der Stimmen der bürgerlichen Parteien, dagegen ein kleiner Zuwachs der socialdemokratischen Stimmen in den Nachwahlen. Aber wie gering ist diese Abnahme der bürgerlichen Stimmen — die sich gewiß erklären läßt aus der meist beobachteten geringeren Teilnahme der Wähler an Nachwahlen — im Vergleich zu der Abnahme dieser Stimmen bei den Nachwahlen der Legislaturperiode 1893-98. Zweifellos hat die um zwei Jahre längere Legislaturperiode die Gleichgültigkeit gegen Nachwahlen bei vielen Wahlberechtigten noch gesteigert, aber dieser Einwand kann doch nicht ausreichen, die geradezu erschauende Abnahme der Stimmen in den Nachwahlen, die sich bei den Nationalliberalen auf fast 30 pCt. der bei den Hauptwahlen in denselben Wahlkreisen errungenen Stimmzahl bezieht, genügend zu erklären, um so weniger, als die im Vergleich zu der vorhergehenden Legislaturperiode erheblich gesteigerte Stimmzunahme der Socialdemokratie diesem Einwand sogar direct widerspricht.

Wir gehen daher gewiß nicht fehl, wenn wir diese bedeutende Stimmenverminderung der hier in Betracht kommenden Parteien als einen starken Beweis dafür ansehen, daß im Laufe der letzten fünf Jahre immer mehr bisherige Wähler jener Parteien sich in steigendem Unmuth ob der Haltung eben jener Parteien gegenüber den gegenwärtigen höchst unerfreulichen politischen und socialen Verhältnissen von der Wahlurne entweder ganz ferngehalten haben oder — zum freilich geringeren Theile noch — direct zur Socialdemokratie gekommen sind. Wenn unsere Gegner lernen wollten und könnten, sollte diese Erscheinung ihnen gewiß sehr zu denken geben. Insbesondere auch für die Freisinnigen, die sich komischerweise durch einige nur mit Hilfe anderer Parteien errungene Nach-

wahlstege zu den überspanntesten Hoffnungen auf die vermeintlichen Erfolge bei den kommenden allgemeinen Wahlen begeistern ließen, sind die vorstehenden Ziffern sehr bemerkenswerth.

Aber auch wir Socialdemokraten wollen unsere Lehre aus den Resultaten der Nachwahlen ziehen: die nämlich, daß wir alle unsere Kraft daran setzen müssen, diejenigen Wähler, die offenbar den Fahnen der alten, bürgerlichen Parteien nicht mehr folgen wollen und können — und solcher Wähler giebt es also ganz zweifellos Hunderttausende — um unsere Fahne zu sammeln. Dies Ziel ist zu erreichen und wird erreicht werden, wenn jeder Genosse im kommenden Kampfe seine volle Pflicht thut.

Von Ostasien.

Ueber den deutsch-japanischen Vertrag sind nähere Mittheilungen von amtlicher Seite noch nicht gemacht worden. Der „Times“ wird darüber aus Peking berichtet, daß Deutschland durch den Vertrag außer den Bahnen von Kiaotichau nach Tsinanfu und Tschangsu auch die Concession einer Bahn von Tsinanfu nach Tschangsu erhalten habe. Ferner habe Deutschland sich verpflichtet, nach der Erfüllung gewisser Details von der Stadt Kiaotichau und Tsinan in das gepachtete Gebiet zurückzuziehen.

Die russischen Forderungen an China verursacht, wie das „Reut. Bur.“ meldet, große Erregung in der japanischen Gesandtschaft in Peking. Es heißt, der japanische Gesandte habe mehrere Besprechungen im Tsung-li-Yamen gehabt, in denen er darauf gedrungen habe, daß die russischen Forderungen abgelehnt werden möchten. Politiker, welche mit den Verhältnissen in Ostasien vertraut seien, hielten die Krisis für sehr ernst, weil Japan bei der Welt wohl schwerlich räumen werde, so lange die Befestigung Port Arthur durch die Russen dauere.

Nach einer Meldung des „Bureau Dalziel“ aus Shanghai willigte Rußland ein, Port Arthur und Tsalienwan dem fremden Handel zu eröffnen, aber unter russischen Gesetzen und russischer Verwaltung.

Russische Truppen werden jenseits nach Ostasien entsandt. Es sind bereits mehrere Transporte abgegangen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Odessa geht ein weiterer Kreuzer der freiwilligen Flotte „Cherson“ am 13. d. M. mit über 2000 Mann, Geschützen, Munition und Garnisonvorrath nach Ostasien ab. Die „Times“ meldet weiter: In solcher Eile werden Truppen aus Süd-Rußland nach Ostasien befördert, daß das Transportvorrathen der Kreuzer der freiwilligen Flotte hierfür nicht ausreicht; die Regierung hat deshalb die Verwendung französischer Dampfer vereinbart. Der erste französische Transportdampfer geht in vierzehn Tagen mit etwa 2000 Mann ab.

Einer „Reuter“-Meldung aus Hongkong zufolge sind die russischen Kriegsschiffe „Sissoi Belik“ und „Kavarin“ dort eingetroffen.

Centrum und Flottenvorlage.

Die „Germania“ bestätigt, daß die Aussicht auf eine Einigung und Verständigung innerhalb der Centrumsfraction über die Flottenvorlage durch die noch nicht

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. G. Brachvogel.

(Nachdruck verboten.)

Eine unendliche Zeit des Wartens ging hin, Schubart hielt sich musterhaft. — Der Herzog war mit Franziska schon zweimal auf Asperg gewesen, ohne ihn zu beachten. Christian's Angst und Verzweiflung, sein Gram, seine Ungebild wuchsen mit jedem Tage. Einer bescheidenlichen Frage an Kieger ward die Antwort: „Halt' Er Sein Maul! Was hat Er zu räsonniren! Geht's Ihm nicht besser, als Er's verdient?“ Karl Eugen erschien mit Franziska wiederum auf dem Asperg. Er inspicirte die Garnison, fragte nach diesem und neuem und besichtigte die Anlagen. Den ganzen Tag hatte Christian auf ein Guadenwort gelauert und von ferne gestanden, um sich den Herrschaften in's Gedächtniß zu rufen, — der Herzog wollte ihn nicht sehen.

Die Spannung des Aermsten wurde zum Fieber! — Der Herzog mit Franziska, Kieger und Buttler that noch einen Gang um den Wall. Christian saßte sich ein Herz und eilte von der andern Seite herum ihnen entgegen und stellte sich an einen Ort, wo sie ihn nicht vermeiden konnten, er mußte ja den Herzog sprechen.

Als Karl nahte, trat Schubart vor und verbeugte sich zitternd.

Der Fürst ward verlegen, er erinnerte sich seines Berühmten.

„D Durchlauchtigster Herzog und Herr, Erbarmen für einen verzweifelnden Menschen, der all' seine Hoffnung auf Ihr hohes Wort setzt!“

„Ich werd' ihn freilassen, wenn ich meine, daß Er's verdient, nicht aber, wenn Er sich's in den Kopf gesetzt hat!“ Der Herzog wendete sich mit Franziska kurz um und eilte nebst Kieger hinweg.

gerufen, in's Arsenal nach seiner Zelle zurückgebracht. Der Zorn, die Enttäuschung hatten ihn in eine Art Wahnsinn versetzt. Man schloß ihn ein und gab ihm Sulivan zur Beobachtung, denn sein Zustand schien bedenklich.

Hier im Käfig schritt er gleich einem reizenden Thier umher, dessen wirres Auge ein Opfer sucht, um es zu zerfleischen. „Und aller Jammer, alle Thränen, alle Reue und eine Welt voll Elend hat nicht vermocht, das thömerne Herz dieses Baal zu erweichen! Thätig, wie er mich fing aus der Fülle der Ehren, hält er mich fest und kniet mit Jauchzen jede Hoffnungsbäume, die er mir selbst in's Herz gelegt! Bist Du denn ein so verworfener machtloser Slave, daß Dir nichts bleibt, als die Thräne, das ohnmächtige Schütteln Deiner Ketten? Ist der alte Geist in Dir durch's Beten so crepirt, daß Du kein Wort mehr findest, es vom Kerkerberge nieder in's Land zu dröhnen, ein Raatszeichen auf dieses Tyrannen Stirn, der einst faulen muß, faulen wie ich!“ Sulivan, Du mußt ihn hassen! — Weißt Du ein Mittel, ein geschriebenes Blatt Jemand zu überbringen, der es druckt, daß es über ganz Deutschland fliege?“

„St! — still! — Der neue Lieutenant, der von Stuttgart aus der Akademie hervorgeht ist, der Scharfstein, hat sich gar oft nach Euch erkundigt. Er wird's thun!“

„Beschwor' ihn bei meiner armen gequälten Seele! Du aber, mein Gott, gieb mir die ganze Titanenwuth des Hasses, gieb mir nur Deinen Donner auf eine Stunde! — Da ist Papier und Stift, Sulivan! Schreib!“

Mit grimmigem Lächeln septe sich Sulivan, um zu schreiben. Schubart ging umher, wie Achill, der den Hector sucht im Kampfe. Sein Auge glühte, seine Stimme dröhnte rhapsodisch!

Die Fürstengruft.

Da liegen sie, die stolzen Fürstentrümmer,
Ehmal's die Höhen ihrer Welt!
Da liegen sie, dem stürzenden Schimmer
Des klaren Tages erhell't!
Die alter Särge leuchten in der dunkeln
Bewachunggruft, wie faules Holz;
Wie matt die großen Silberbilder funkeln,
Der Fürsten letzter Stolz!

Entfleh'n packt den Wander hier am Saare,
Geht Schauer über seine Haut,
Wo Eitelkeit, geleht an eine Bahre,
Aus hohlen Augen schaut.

Wie furchterlich ist hier des Nachhalls Stimme,
Ein Zehentritt stößt seine Ruh!
Kein Weiter Gottes spricht mit lautem Grimme:
O Mensch, wie klein bist du!

Denn ach! hier liegt der edle Fürst, der gute,
Zum Bölkervergen einig gesandt,
Wie der, den Gott zur Nationenruthe
Im Jorn zusammenband.

An ihren Urnen weinen Marmorgeister,
Doch kalte Thränen nur, von Stein,
Und lachend grub vielleicht ein weißer Meister
Sie einst dem Marmor ein.

Da liegen Schädel mit verloschnen Blicken,
Die ehmal's hoch herabgedröht,
Der Menschheit Schreden! denn an ihrem Rücken
Sind Leben oder Tod.

Nun ist die Hand herabgefallen zum Knochen,
Die oft mit kaltem Federzug
Den Weisen, der am Thron zu laut gesprochen,
Im harte Fesseln schlug.

Zum Todtenbeiz ist nun die Brust geworden,
Einst eingehüllt in Goldgewand,
Daran ein Stern und ein entweihter Orden
Wie zweien Rometen stand.

Vertrödet und verschrumpt sind die Aeste,
Drin gelles Blut wie Feuer floß,
Das schäumend blüht der Unschuld in der Seele
Wie in den Körper goß.

Spricht, Häßlinge, mit Ehrfurcht auf der Lippe,
Aus Schmelzblei'n ins taube Ohr!
Verändert das durchlauchtige Gerippe
Mit Weisheit, wie zuvor!

Er sieht nicht auf, auch Weisheit zuguldehrt,
Und wehert keine Lippen mehr,
Damit geschminkte Posen ihn beschädeln,
Schamlos und geil, wie er.

Sie liegen nun, den eisern Schlaf zu schlafen,
Die Menschengeisteln, unbetraut,
Im Felsengrab, verächtlicher als Sklaven,
Im Kerker eingemauert.

find, sondern auch Gewaltiges auf dem Gebiet des Unterstützungs- wefens leisten. Sollten sie mehr Freiheit, sie würden diesen Zweck noch mehr erweitern. Sie leisten schon jetzt mehr als die so ge- rühmte Reichs-Sozialreform. (Bravo links.) Das Interesse der Gesamtheit erfordert es, daß der Arbeiter consumtionsfähiger wird und die Berufsvereine könnten das erreichen, wenn sie nicht immer wieder unterdrückt würden. In England hat man das erkannt, dort ist in den Staatsverträgen auch die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, die Arbeitergenossenschaften erhalten Staatslieferungen und der Staat führt gut dabei. Herr v. Stumm sagt, der letzte Maschinenbauerstreik habe die ganze Stimmung in England geändert. Da Herr v. Stumm auf diese Behauptung großen Werth gelegt hat, muß ich auf den Maschinenbauerstreik eingehen und einige Um- ständlichkeiten widerlegen. Tom Mann ist kein beliebiger augen- scheinlicher Herr, der die Arbeiter verführt hat, sondern ist selbst Maschinenbauer und Mitglied des Maschinenbauarbeiter-Ver- bandes. Damit fallen alle Schlussfolgerungen Stumms. — Die Forderungen der Maschinenbauer auf Verkürzung der Arbeitszeit waren zweifellos berechtigt, eine andere Frage ist, ob es praktisch war, die Forderung gerade damals zu stellen. Herr v. Stumm hat dann eine Resolution der Labour-Organisation angeführt, die die bisherige Tactik vermittelte. Diese Labourorganisation ist mit dem Geide von Fabrikanten gegründet, wird noch von diesen unter- stützt und erbot sich, B. beim Hafenarbeiterstreik Streikbrecher zu stellen. Von dieser Seite ist eine solche Resolution allerdings etwas ganz Natürliches, ihr Weigen blüht ja erst, wenn es den anderen Arbeitern schlecht geht. (Sehr richtig! links.) Weiter hat Herr v. Stumm jedoch behauptet, das Ehepaar Webb habe sich dahin ge- äußert, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaften die gute Ver- sorgung ihrer Führer sei. Ich habe eine derartige Äußerung nicht finden können. Er meinte dabei: Ganz wie bei uns. Ich protestire im Namen der deutschen Arbeiter gegen diese Behauptung, glauben Sie doch nicht, daß man durch bezahlte Leute eine Bewegung leiten kann, wie es die sozialdemokratische Partei ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sidney und Beatrice Webb haben sich in ihrem Werke „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“ ganz im Gegentheil durchaus äußert: „Über die in gewerkschaftlichen Ver- einigungen des Nationalvermögens gesprochen, die durch den Streik verursacht werden, sei. Demgegenüber bearbeitet Sidney Webb in in einem Artikel, daß der durch die achtmonatliche Arbeitsruhe ver- ursachte Schaden ungefähr die Höhe der Gesamtarbeit der Nation an einem Tage erreiche. Der Tag also, welcher aus Anlaß des Regierungsjubiläum der Königin Victoria gefeiert worden ist, hat England dasselbe an Nationalvermögen gekostet, wie der Maschinen- bauerstreik. (Hört! hört! links.) Webb wendet sich ferner auch direct gegen Herrn v. Stumm: „Baron Stumm in Deutschland und einige andere Großcapitalisten werden ja wissen, daß die Rück- fahrt zur alten Praxis der individuellen Regelung des Arbeitsver- hältnisses auf keinen Fall mehr eintritt.“ Wir glauben ja nun nicht, daß Herr v. Stumm je zu dieser Einsicht gelangen wird. Die von Herrn von Stumm citirte Broschüre habe ich also nicht finden können; ich habe mich daher direct an die Webbs gewandt und von ihnen heute einen Brief erhalten, in dem es heißt, daß an den Behauptungen des Herrn von Stumm nichts Wahres sei, daß der Streik sie in ihren Anschauungen von der Nothwendigkeit der Gewerkschaften nur bekräftigt habe. (Hört! hört! links.) Ich frage Sie nun (mit erkobener Stimme), ist es nicht eine unerhörte Leichtfertigkeit, wenn nicht Säkulareres, wenn hier Herr v. Stumm so total auf der Luft gegriffene Behauptungen aufstellt? (Zorn- starker Ausruf: lauter! lauter, unhörbar.) Wir fehlt der parlamen- tarische Ausdruck, um eine solche Handlungsweise gehörend zu kennzeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Al das Große, das die englischen Gewerkschaften erreicht, würde sich auch bei uns zeigen, wenn man sie nur ruhig sich entwickeln lassen. Man bekämpft die Streiks nicht dadurch, daß man die Organisationsbestrebungen der Arbeiter unterdrückt, sondern dadurch, daß man die Lebenshaltung der Arbeiter ver- bessert. In Frankreich haben dies die Arbeitgeber selbst erkannt und ihren Verdienst ist es nicht zum Mindesten zuzuschreiben, daß dort das Gesetz betreffend die Berufsvereine 1884 zur Annahme gelang. Und in Deutschland sucht man noch 1898 die Coalitions- freiheit zu unterdrücken!

Herr von Stumm hat nun einen Beweis der Schädlichkeit der Organisationen für die Arbeiter selbst vor Allem auf Amerika exemplifiziert. Er hat aber in Bezug auf die Angaben der Enquete- Commission vollständig falsch berichtet. Aus den nicht zu wider- legenden amtlichen Zahlen erhellt man, daß die amerikanischen Arbeiter in weitaus besseren Einkommensverhältnissen sich befinden. Außerdem sind die Nahrungsmittel dort viel billiger, da sie nicht, wie bei uns, mit Zöllen belastet sind. Redner verliest zum Beweis seiner Behauptungen statistische Auszüge aus den amtlichen ameri- kanischen Berichten. Es wird dort ausdrücklich konstatiert, daß durch die Arbeiter-Organisationen eine Verkürzung der Arbeitszeit her- beigeführt worden ist. Wenn man die Löhne der amerikanischen Pauper's mit denen unserer Armen vergleicht, so sieht man, daß sie bei uns nicht so viel Markt verdienen als jene Dollars.

In Amerika sind die Löhne der organisierten Arbeiter doppelt so hoch, wie diejenigen der unorganisierten. Das ist auch die Folge des Wider- standes der Gewerkschaften, die für qualifizierte Arbeit höhere Be- lohnung errungen haben. Was nur die Gewaltsamkeiten bei Streiks anlangt, so werden diese bedauerlichen Vorkommnisse von den Herren rechts immer flach übertrieben. Herr v. Stumm, der gar viel von Gewaltsamkeiten bei englischen Streiks zu erzählen wußte, konnte keinen einzigen solchen Fall aus dem letzten großen Maschinenbauerstreik anföhren. Das nichts vorgekommen ist, liegt an der guten Organisation der Arbeiter. Die Gewaltsamkeiten bei amerikanischen Streiks werden, wie schon Herr Nitschke treffend ausgeführt hat, von den Pinkertons herbeigerufen, die bekanntlich zu diesem Zwecke von den Arbeitgebern gebunden werden. Die Unternehmer wissen ganz gut, daß sich die Arbeiter von den Pinker- tons nicht verdrängen lassen, sondern wiederhauen, und wenn die Ge- waltthätigkeiten kommen, wird, gefahrlos ihm recht. (Geheiterkeit.) Gewaltsamkeiten kommen bei uns meist nur dann vor, wenn sich die Polizei unbefugt einmischt und dadurch die Erbitterung ins Ungemeine steigert. (Sehr richtig! links.) So war es auch beim letzten Hamburger Hafenarbeiterstreik. Wenn die Führer nicht zur Ruhe ermahnt hätten, den Polizisten, die die Arbeiter Bande und Lumpenpack nennen, wäre es eilig ergangen. Oder glauben Sie, die starken Schauerleute wären nicht mit den Paar bewaffneten Polizisten fertig geworden? Die unanständige Haltung der Polizei verlangte einen kleinen Straßenkampf. Ein Streikbrecher hat auf die Streikenden geschossen, die Streikenden haben den Revolververhelfen dann gründlich verhaufen. Graf Posadowsky wird dieselbe nicht für sein Streikrecht gebrauchten können. (Sehr richtig! links.) Gerüden nun die vorliegenden Anträge? Sie enthalten viel überflüssige Organisationsbestimmungen. Ein Vorzug des Ueberschusses ist die Bestimmung, daß die Berufs- vereine sich mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen dürfen. Nur dann können sie leistungsfähig wirken. Sie bleiben trotz m. wirth- schaftliche Vereinigungen, die mit bestimmte Parteipolitik nichts zu thun haben. Trotzdem können wir für den Antrag Ueber nicht stimmen, weil er die Enttragung der Vereine nach dem bürgerlichen Gesetzbuch verleiht. Jeder Arbeitgeber könnte sich dann mit Veräch- telung die Liste derjenigen Arbeiter verschaffen, die den Gewerk- vereinen angehören. Das muß verhindert werden. (Sehr richtig! links.) Bei der zweiten Berathung werden wir den Antrag Schneider, dem wir den Vorzug geben, zu erweitern suchen. Die Ausschussbestimmung aus § 18 des Entwurfs muß hinaus, die die Auflösung des Vereins zuzieht, wenn er das Gemeinwohl gefährdet.

Vizepräsident Schmidt (fr. Volksp.) macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Benutzung eines Manuscripts nicht ge- stattet ist.

H. v. St. erwidert, daß dies bei dem Vortrag statistischen Materials unvernünftig sei und schlägt: Ein Gesetz über die Berufsvereine ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Das in kleinen Beiträgen ausgebrachte Eigenthum der Arbeitervereine muß ebenjo

privatrechtlich geschützt sein, wie anderes Eigenthum. Wenn Sie Gerechtigkeit lieben wollen, so hoffen wir, daß durch unsere Mit- arbeit ein Gesetz zu Stande kommt, von dem weite Kreise der Be- völkerung und auch die Arbeiter Vortheil haben! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jakobstetter (cons.) kann ein Bedürfnis für die Ver- leihung des Corporationsrechtes an die Berufsvereine nicht zugeben. Einseitige Organisationen seien überhaupt vom Uebel. Unter- nehmer und Arbeiter müßten in denselben Vereinen sein. Unter dem Terrorismus einseitiger Arbeiterorganisationen würde das Handwerk ungeheuer leiden. Schon heute herrscht der socialdemo- kratische Terrorismus bei Fabrikarbeitern vollständig. Die Arbeiter- Organisationen genügen jetzt schon viel zu viel Rechte. Der Ein- fluss der Gewerkschaften ist nicht erzieherisch, sondern vergiftend, sie führen zu Streiks, die das Ausblühen der Industrie verhindern. Das alte patriarchalische Verhältniß muß wieder hergestellt werden. Redner empfiehlt Einigungsämter.

Abg. Hise (lr.): Wer es ehrlich meint mit dem Coalitions- rechte muß den Gewerkschaften die privatrechtliche Sicherung durch das Corporationsrecht geben. Das ist kein Privilegium für die Ge- werkschaften, dies Recht soll allen Berufsgruppen gegeben werden. Die besten Bekämpfung dieser Verhältnisse hat auch v. Stumm eingeräumt. Die beste Bekämpfung dieser Verhältnisse sehen wir in der geschlichen Anerkennung der Berufsvereine. Den Sozialdemokraten liegt an dem Gesetze nicht, wenn es geschaffen wäre, sie sind bloß dafür, weil es noch nicht da ist. Die Sozialdemokraten sind so durch- trieben im guten Sinne (Geheiterkeit) — daß sie das Gesetz nicht brauchen; sie haben ihre Gewerkschaften (Auf links: Die sind nicht politisch.) An der Spitze stehen doch dieselben Leute, die auch in der politischen Bewegung an der Spitze stehen. In den Vorstand kommen nur Sozialdemokraten. Die christlichen Arbeitervereine und die Christ- Dundeschen Gewerkschaften. Herr v. Stumm wirft alle in einen Topf. Er sollte unterscheiden, schärf unter- scheiden, das ist eine Forderung der einfachsten Gerechtigkeit. (Herr v. Stumm schwenkt abwehrend die Raumannsche „Hilfe“) Die Forderung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit ist nicht revolutionär. Der Arbeiter braucht die Organisation, um die Conjunction auszunutzen und seine Arbeitskraft so gut als möglich zu verwerthen. Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern ist ja nicht ausgeschlossen. Hat der Arbeiter das Gefühl, der Unternehmer sorgt für ihn, so wird er nicht streiken. Was den Gedanken einer gemeinsamen Organisation von Arbeitern und Unternehmern anlangt, so haben wir ihn ja bei der Arbeiter- versicherung zum Ausdruck gebracht. Eine solche Organisation ist ein alter Wunsch des Centrums. Wir sind auch heute noch für Arbeitskammern in denen Arbeiter und Unternehmer zusammen- sitzen, und ich glaube, auch die Sozialdemokraten sind dafür. (Abgeordneter Bebel: Gewiß.) Kein Gehnet aller Streiks könnten dann vermieden werden. Trotz der Arbeitskammern werden sich manche Arbeiter aber auch selbstständig organisiren wollen. Das müssen wir ihnen erlauben. Auch Herr von Bebel'sch war dieser Ansicht. Herr von Stumm sagt freilich, Bebel'sch ist abgegangen und nicht mehr maßgebend. Ja, war diese Ansicht der Grund seines Rücktritts? Die Frage der Regelung der Berufsvereine ist in den parlamentarischen Verhältnissen und mit diesen hat sich auch Hise's Hohenlohe, der noch im Amte ist, ein- verstanden erklärt. Wir können uns also auf ihn berufen. Die englischen Gewerkschaften sind mit Unrecht schärf kritisiert worden. Weil die englische Regierung ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legt, hat die Socialdemokratie in England keinen Boden fassen können. Daß der englische Arbeiter seine Interessen rücksichts- los vertritt, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Gerade die englischen Erfahrungen zeigen uns, daß die Berufsvereine ein Mittel zur Bekämpfung der Socialdemokratie sind. Wenn unser Antrag noch nicht Gesetz werden sollte, die öffentliche Meinung wird unsere Thätigkeit mit Verungüpfung begründen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Persönlich bemerkt Abg. Frhr. von Stumm, daß er allerdings Herrn Sidney Webb einige Worte in den Mund gelegt habe, die dieser nicht ge- braucht habe. Er hätte seinen Irrthum auch ohne die Aufforderung des Herrn von Elm berichtet.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Dritte Berathung des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit. Zweite Berathung der Postdampfersubventionsnovelle. Schluß 6 Uhr 15 Minuten.

Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus brachte heute Herr Nidert beim Cultusetat und zwar beim Titel „Evangelischer Oberkirchen- rath“ die Vorforderung nationalsozialer Geistlicher durch die Kirchen- behörde zur Sprache. Sehr eingehend beschäftigte er sich mit dem Fall des Pfarrers Kockschke aus Sangerhausen, der bekanntlich aus dem Amt ohne Pension entlassen worden ist, weil er gegen die Gewaltigen von der Saar, den Herrn v. Stumm, einige Worte scharfer Kritik zu äußern gewagt hatte. Herr Nidert trat in banken- werthiger Weise für das Recht der Geistlichen ein ihre freie Meinungs- äusserung. Er stellte sich auf den formalen Standpunkt, daß die Ausführungen des Abg. Nidert nicht zum Cultusetat gehörten. Der Fall Kockschke betreffe eine interne Angelegenheit der evan- gelischen Kirchenbehörde und gehöre deshalb vor die Generalsynode. Ganz derselben Meinung waren natürlich die Redner der Frei- conservativen und Conservativen, mit denen Herr Nidert sich noch weiter herumzuspähen hatte. Sie alle betrachteten es als ganz selbst- verständlich, daß ein socialdemokratischer und ein nationalsozialer Geistlicher sein Amt aufzugeben hätte. Herr Nidert erinnerte daran, daß die Diözesen nicht das Geringste einzunehmen hätten, wenn die Dorfgeistlichen conservative Politik trieben, das ist eben auch etwas ganz Anderes. Das Centrum lehnte eine Theilnahme an der Discussion ab, aber auch kein Abgeordneter der freisinnigen Volkspartei hielt es der Mühe für werth, ein Wort zu Gunsten der politischen Meinungsfreiheit zu sagen.

Partei-Angelegenheiten.

Weitere Erfolge bei den Gemeinbewahlen in der Provinz Hessen-Nassau erzielten unsere Parteigenossen in den Orten Mittelbuchen und Bodenhausen im Taunus. In beiden Orten wurde in der dritten Klasse ein Socialdemokrat gewählt und zwei kommen in die Stichwahl. (Embe der Wahl: Politische Uebersicht.)

Aus aller Welt.

Ein Eisenbahnunfall wird amlich aus Rempen in Polen gemeldet. Dienstag früh überfuhr ein von Jasowich kommender Güterzug das Halteignal und fuhr auf eines in Bewegung be- findlichen Rangirzug. Der Zugführer ist schwer, ein Bremser leicht verletzt. Beide Locomotiven und 15 Wagen sind zum Theil stark beschädigt.

Noch ein Eisenbahnunfall. Der Dienstag Abend vor- über nach Guttin abfahrende Verdonungszug ist kurz hinter Eibed entgleist. Die Locomotive und drei Wagen sind umgeworfen. Die Fahrgäste kamen alle mit dem Schrecken davon. Der Zugführer hat eine leichte Kopfverwundung.

Ueber Schwamm- und Sturms. Seit zwei Tagen haltenden Regenswetters fand im Gifachthale ein colossaler Bergsturz statt, so daß die Eisenbahnzüge eine mehrstündige Verspätung er- litten. Die ganze Gegend vom Bennenthal bis nach Weiland ist von einer Ueberschwemmungsflutkatastrophe bedroht.

Ueber Schwamm- und Sturms. Seit zwei Tagen wüthet, wie aus Bergamo berichtet wird, ein Sturm, der beträch- tlichen Schaden an Häusern, Fabriken und am Transportgeschäfte

anrichtete. Telegramme aus Cagliari melden, daß die Klasse in- folge anhaltenden Regens ausgesetzt sind. Die Eisenbahn- verbindung zwisch Cagliari und Oristano ist unterbrochen. Schiffsuntergang. Der rumänische Dampfer „Albatros“ ist bei der Einfahrt in den Bosporus gescheitert. Es konnten sich nur zwei Mann von der Besatzung retten.

lokales und Provinzielles.

Breslau, den 10. März 1898.

* Zur Localfrage. Unter den mancherlei Schwierig- keiten, die sich der Arbeiterbewegung entgegenstellen, steht der Mangel an Versammlungsalen oben an. Was nicht den Arbeitern das weitgehendste Coalitionsrecht, wenn sich ihnen zur Bethätigung desselben keine Gelegenheit bietet. Ohne Ver- sammlungsalen ist auch die vollständige Vereinigungsfreiheit ein Messer ohne Schneide. Das wissen auch die Finsterlinge sehr genau, daher auch ihr eifriges Bestreben, den Arbeitern die Versammlungsalen abzunehmen. Wie das geschieht ist hinreichend bekannt. In den Orten, woselbst eine zielbewusste Arbeiterschaft vorhanden ist, haben diese Versuche mit einer kläglichen Niederlage der reactionäre Mächte geendet. Auch in Berlin ist es bekanntlich i. Z. zwischen den Wirthen und der Arbeiterschaft zu ernsthaften Kämpfen gekommen. Heute erhalten die Berliner Arbeiter Säle zu coulantem Bedingungen. Im „Vorwärts“ befindet sich folgendes Inserat:

Entschädigung erhalten Vereine, Versammlungen etc., die Wochentags (außer Sonnabends) meine Säle von 100—800 Personen (mit Bühne) benutzen. Franz Müller, Central-Festhalle, Alte Jacobstraße 32 (Central-Theater). Einige Sonnabende im April noch frei.

Wer mit den Berliner Localverhältnissen vertraut ist, der weiß längst, daß viele Saalbesitzer ihre Räume zu Versamm- lungen und Festlichkeiten nicht nur gratis hergeben, sondern daß sie den Veranlassern derselben sogar noch Geld heraus- zahlen. Wie himmelweit verschieden liegen doch da die Ver- hältnisse in Breslau. Hier gelingt es unserer Partei sowohl als auch den Gewerkschaften nur äußerst schwer, selbst für gutes Geld nicht einmal, geeignete Räume zu Versammlungen zu bekommen. Die Vertrauensleute und Gewerkschaftsführer haben deshalb ihre liebe Noth und die Zahl der Versamm- lungen im Jahre, die wegen Localmangels entweder nicht rechtzeitig oder gar nicht abgehalten werden können, ist durch- aus nicht gering. Es ist mitunter geradezu spießig, aus welchen Gründen hier die Wirthe die Säle zu Versammlungen ver- weigern. So erhielten die Gewerkschaften z. B. früher den „Ballhof“, Schiefwerderplatz. Seitdem aber dem Wirth Nitschke die Concession zur Abhaltung von öffentlicher Tanzmusik ertheilt wird, sind auch Gewerkschaften wiederholt die Räume zu Ver- sammlungen verweigert worden. Wir wissen nicht, ob der Wirth von der Culturmission, die er durch die Abhaltung öffentlicher Tanzveranstaltungen erfüllt, so vollständig überzeugt ist, daß er den dadurch erzielten Ruhm sich nicht durch in seinem Local tagende Arbeiterversammlungen verbunkeln lassen will, oder ob andere, geheime Mächte ihre Hand im Spiele haben. Wie wir erfahren, ist Herr Nitschke bestrebt gewesen, den auf seinem Local lastenden Militär- Boycott los zu werden. Der liebe Mühe ist aber umsonst gewesen; die Antwort der Commandantur lautete, daß es damit sein Bewenden haben müsse. Darauf soll sich Herr Nitschke bereit erklärt haben, seinen Saal zweimal im Monat zu Gewerkschaftsversammlungen hergeben zu wollen. Wie gültig das ist. Vielleicht versucht es Herr Nitschke mal aus- schließlich mit dem Militär und theilt behufs Erlangung der so sehr begehrten Gäste der Commandantur mit, daß der „Ballhof“ für Arbeiter gänzlich gesperrt ist. Das dürfte schon ziehen. Daß die Breslauer Arbeiter sich immer noch von den Wirthen an der Nase herumführen lassen, ist der schlagendste Beweis dafür; daß es mit dem Klassenbewußtsein des hiesigen Proletariats noch gute Weile h des bevorstehenden Wahlkampfes dürften indeß die Localfrage wieder einmal an die Oberfläche bringen.

* Nochmals der Lanferlaß des Herrn Stol- mann. Selbst von orthodoxen Geistlichen Schlesiens wird die bekannte Verfügung des schlesischen Consistoriums, monach Taufkinder dreimal mit Wasser zu begießen sind, ein scharfen Kritik unterzogen. Im „Reichsb.“ wird hervorgeho- der Anlaß zu der Verfügung sei eine Behauptung des Fürstbischöfs Kopp, wonach einzelne Tausen evangelischer Geistlicher in Breslau nicht gültig seien, weil zu wenig Wasser dabei ver- wendet worden sei! Woher könnte Fürstbischöf Kopp von dem zu geringen Wasserverbrauch gehört haben? Wie das evan- gelische Pastorenblatt sagt, durch Katholiken, die bei evangelischen Tausen als Patzen mitgewirkt haben und die den Mangel an Wasserverbrauch denunciren haben. Solchergehalt kommt es dahin, daß ein römisch-katholischer Bischof Einfluß gewinnt auf die evangelischen Geistlichen und deren agendarische Praxis! Ueber den vorgeschriebenen ausgiebigen Wasserverbrauch beim Tausen schreibt im Uebrigen der orthodoxe Gewährsmann des „Reichsboten“:

Wenn aber vielleicht mancher Pastor das „Begießen“ nicht buchstäblich ausführt, sondern sich mit Benetzen und Be- sprengen in einer den Zeugen deutlich wahrnehmbaren Weise be- gnügt, so mag dabei doch freudlich berücksichtigt werden, daß allermeistens in kalten Kirchen getauft wird, daß das Taufwasser, wenn es auch (im Winter) warm zur Kirche gebracht wird, zum Gebrauch ganz erheblich abkühlt, daß die Taufkinder, zumal in Schleißen, meistens weite Wege bis zur Kirche und wieder heim zu fahren haben und das Wetter auch oft genug dabei sehr böß ist. Sollen da die Kinder in der Kirche so weit entkühlt werden, daß sie über dem Taufbecken mit Wasser „begossen“ werden können, oder sollen ihnen drei Hände voll Wasser ins Bett geschüttet werden, damit ein etwa antwender römischer Spion auch sieht, daß „genug Wasser“ verwendet worden ist? Der confessionelle Eifer haben und bräuben führt in der That zu erbaulichen Auseinandersetzungen! Eine spätere Zeit, die sich von den Einflüssen des Priestertums und des von ihm vertretenen Dogmatismus noch weit umfanglicher frei gemacht haben wird, als es jetzt bereits geschehen ist, wird darüber räumen, wie es möglich gewesen ist, daß derartige Dispute und Streitereien auf confessionellem und dogmatischem Gebiet am Ende des neunzehnten Jahrhunderts möglich ge- wesen sind!

